

Antrag der Fraktion der FDP**Endometriose: Öffentliche und fachliche Wahrnehmung verbessern**

Obwohl die gynäkologische Erkrankung Endometriose eine der häufigsten Unterleibserkrankungen von Frauen ist, sind zum Teil weder Ärztinnen und Ärzte noch Patientinnen ausreichend über die Erkrankung aufgeklärt. Dadurch vergehen vom Auftreten der ersten Symptome bis zur Diagnose häufig zwischen sieben und zehn Jahre. Doch selbst nach der Diagnose bleibt die Situation der Betroffenen problematisch, da die medizinische Ursache der Endometriose derzeit nicht bekannt ist und die Erkrankung nicht ursächlich geheilt werden kann. Angesichts der weiten Verbreitung und der Auswirkungen der Erkrankung auf die Lebensqualität der Betroffenen ist nicht nur auf eine Verbesserung der Versorgungslage hinzuwirken, sondern auch auf eine Behebung des Defizits in der öffentlichen Wahrnehmung.

Mit dem Ziel einer Bestandsaufnahme zur Endometriose-Aufklärungs- und Versorgungssituation im Land Bremen hat die Fraktion der FDP eine Große Anfrage (Drucksache 21/218) eingebracht. Der Senat bescheinigt in seiner Antwort vom 23. Januar 2024 (Drucksache 21/252) den Endometriose-Betroffenen im Land Bremen insgesamt eine gute Versorgungssituation. Allerdings reicht ein fachärztlicher Versorgungsgrad, der das bedarfsplanerische Soll von 100 Prozent überschreitet, nicht als Gradmesser, inwieweit die Krankheit tatsächlich sicher erkannt und behandelt wird. Darüber hinaus zeigt die Antwort des Senats: Es fehlt aktuell zum einen eine valide Datenlage zur Zahl der Erkrankten im Land Bremen. Zum anderen fehlen transparente Informationen und Maßnahmen, die zu einer stärkeren Verzahnung der betroffenen Bereiche, wie Gesundheit und Bildung, und zu einer frühzeitigen Sensibilisierung für das Thema Endometriose beitragen.

Dass es Betroffenen in Bremen an öffentlicher und fachlicher Wahrnehmung fehlt, zeigt ein Schreiben der Endometriose-Selbsthilfegruppe Bremen vom 5. Februar 2024 an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. Darin beschreibt die Selbsthilfegruppe für Bremen Versorgungs- und Aufklärungsdefizite und fordert eine Analyse der Versorgungssituation.

Vor diesem Hintergrund kann eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema Endometriose helfen, Maßnahmen effektiver und zielgerichteter zu adressieren und gegebenenfalls auszubauen.

Wie bei der Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz liegt es auch beim Thema Endometriose in der politischen Verantwortung, auf Landesebene für eine Enttabuisierung und für verbesserte Rahmenbedingungen zu sorgen, die den Bedürfnissen der Betroffenen in Bremen und Bremerhaven Rechnung tragen und ihre Lage verbessern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass Endometriose eine chronische und lebens einschränkende Krankheit ist, die stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Konzeption und Durchführung einer langfristigen landesweiten Kampagne zu prüfen, die über Endometriose aufklärt, für gesellschaftliche Akzeptanz wirbt und auf Beratungs- und Hilfsangebote hinweist;
2. den Tag der Endometriose am 29. September zu nutzen, um die Erkrankung mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken;
3. zu prüfen, inwiefern die Webseite der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz um ein Informationsangebot zu Endometriose mit Verweisen zum speziellen Leistungsangebot im Bereich Aufklärung, Beratung und gesundheitliche Versorgung ergänzt werden kann;
4. zu erfassen, wie viele Endometriose-Diagnosen im Land Bremen gestellt werden;
5. zu prüfen, inwiefern geschlechtersensible Medizin und gesundheitliche Vorsorge in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten sowie medizinischem Fachpersonal beinhaltet ist, und sich gegebenenfalls dafür einzusetzen, dass diese zukünftig noch stärker berücksichtigt werden;
6. auf eine systematische Fort- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten durch die Ärztekammer Bremen zur Diagnostik und Therapie von Endometriose hinzuwirken, um die Expertise zu verbessern und Fehldiagnosen zu vermeiden.
7. zu prüfen, inwiefern das Thema Endometriose bei Aus- und Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte und pädagogischem Fachpersonal berücksichtigt werden kann;

8. in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen und anderen Trägern zu prüfen, inwiefern ein Pilotprojekt realisiert werden kann, um interdisziplinäre Behandlungsbedarfe und -möglichkeiten für Endometriose-Betroffene zu identifizieren;
9. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung und danach fortlaufend über die Umsetzung zu berichten.

Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP